

# Sattler, Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Förderung des Gesamtwohls aller in Sattlereien, Portefeulles-, Ledergalanterie- und Reiseeffektenbetrieben, sowie im Tapezierergewerbe und den verwandten Nebenberufen beschäftigten Arbeitern, Arbeiterinnen, Lehrlingen usw.

Publikationsorgan der Berufsrankassen

Inserate kosten die 4 gespaltene Petitzeile  
1,50 Mark. Verbandsfachen 50 % Rabatt

Verlag und Redaktion: Berlin S.O. 16, Brüdenstraße 10 b<sup>III</sup>  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 2120

Erscheint wöchentlich. Preis 3 Mark pro  
Quartal. Zu beziehen durch alle Postanstalten

## Achtung!

Zu eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsannahme in anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Warum das notwendig ist, kann jeder wissen!

Nur wer seinen fälligen Wochenbeitrag pünktlich entrichtet, sichert sich im Bedarfsfalle die Unterstützung aus der Verbandskasse.

Etreue Pflichterfüllung sichert die Rechte!

Für die Nummer 28 bestimmte Artikel und Berichte müssen bis zum 10. Juli in Händen der Redaktion sein.

## Unser Berufsleben in Mitteldeutschland.

„Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit und neues Leben blüht aus den Ruinen“, so spricht der große deutsche Dichter Schiller. Die Verbände der Sattler und Portefeuille und der Tapezierer sind aufgehoben. An ihre Stelle trat der „Deutsche Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verband“. Unsere Aufgabe ist es, den neugebildeten Verband vorwärts zu bringen, damit derselbe in der Lage ist, die Lebensinteressen der Berufsangehörigen nach allen Richtungen hin wahrzunehmen.

In Mitteldeutschland ist unser Beruf von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Vermehrung der Bevölkerung in dem letzten Jahrhundert in Sachsen und Thüringen förderte die industrielle Entwicklung. In den früheren Residenzstädten Dresden, Altenburg, Weimar, Dessau, Gotha und Gera (Neuß) schmarrte der Adel und die Geldaristokratie an den Höfen der Fürsten. Der Luxus, welcher von diesen getrieben wurde, begünstigte die Entfaltung des Tapezierergewerbes in den genannten Orten. Die großen Industriestädte Leipzig, Hannover, Magdeburg, Chemnitz, Halle, Cassel und Erfurt gaben den Tapezierern Gelegenheit, ihren Beruf zu höherer Bedeutung zu bringen. Neben der Anfertigung von Polstersachen und Ausföhrung von Dekoration hat sich besonders die Klubsesselarbeit in den letzten zehn Jahren entwickelt. Hervorzuheben ist hierbei Leipzig, wo Klubsessel fabrikmäßig in größerer Anzahl hergestellt werden.

Soweit Stapelware im Tapeziererberuf in Frage kommt, wird diese in den Orten Allendorf (Werra), Bad Kösen, Gotha, Ohrdruf und Osterfeld angefertigt. In den Waggenfabriken Annendorf b. Halle, Bauken, Gotha, Hannover, Weimar und Verdau und in den Stuhlfabriken in Ceringwalde und Rabenau ist den Tapezie-

rern und Sattlern gemeinsam Erwerbsmöglichkeit gegeben. Weiter in den Automobilfabriken in Arnstadt, Cöthen, Chemnitz, Dresden, Hannover, Gildesheim, Leipzig, Meerane und Zwickau, wo Sattler und Tapezierer gemeinsam die Arbeiten verrichten.

Die Flugzeugindustrie, welche zurzeit lahmgelegt ist, wird in Zukunft nicht mehr menschenmörderischen Zwecken dienen wie im letzten Kriege, sondern für Kulturzwecke dienstbar gemacht werden. In Leipzig, Gotha und Halberstadt sind Flugzeugwerke. Auch zwischen Merseburg und Weizenfels ist für die Zukunft ein größeres Flugzeugunternehmen geplant. Hier bietet sich für Sattler und Tapezierer neue Erwerbsmöglichkeit. Die zu erwartende Bautätigkeit wird den Tapezierern Arbeitsgelegenheit in größerem Maße geben. Nicht nur durch das Tapezieren der Zimmer und das Legen von Linoleum, sondern auch durch das Ausstaffieren der Zimmer mit Möbeln. Ob nicht ein Teil der Sattler, welche auf Polster mit gelernt haben, durch das Fehlen von Arbeit im Sattlerberuf zu diesen Arbeiten herangezogen wird, muß die Zukunft lehren.

Die Portefeullesindustrie ist hauptsächlich in Leipzig, Freiberg, Glauchau und Zwickau vertreten. Einige Betriebe arbeiten für ihre Ladengeschäfte, andere wieder für das In- und Ausland in en groß. Kleinere Betriebe befinden sich noch in Mautenfranz, Schneberg und Weimar.

Einer der Hauptfabrikationszweige in dem Rahmen unseres Berufslebens bildet die Reiseartikelbranche. Hier sind es besonders die Orte Leipzig, Dresden, Kassel, Hannover, Gera (Gotha) und Halle, wo Koffer aller Art angefertigt werden. Ein bedeutender Export war früher in diesen Produkten nach England und seinen Kolonien, Belgien und anderen Ländern zu verzeichnen. Hoffen wir, daß wir den Markt des Auslandes für unsere einheimische Koffer- und Taschenindustrie wieder gewinnen. In Erfurt, Kimmelbrück und Nordhausen hat sich die Kofferindustrie erst in den letzten Jahren eingebürgert.

Die Herstellung von Schulartikeln wird außer in den Großstädten in Taucha bei Leipzig, Gersdorf und Wittgensdorf, beide im Bezirk Chemnitz und in Oberneukirch fabrikmäßig betrieben. Die Anfertigung von Rucksäcken, Taschen, Samaschen und Markttaschen finden wir in Dresden, Leipzig, Halle, Pegau, Reinsfelde und Gera (Neuß). Sportartikel werden in Braunschweig und Erfurt in en groß fertiggestellt.

Bedeutende Betriebe der Treibriemenindustrie finden wir in Dresden, Hannover, Magdeburg, Leipzig, Mühlhausen i. Th., Niederschlesma, Chemnitz und Verdau. In Bittersfeld haben wir eine Anzahl Maschinenriemensattler in den großen Industriewerken beschäftigt.

Verschwunden ist die Militärarbeit. Während des Krieges die Hauptbranche, ist sie jetzt zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Alle

Betriebe dieser Branche, welche bereits in Friedenszeiten auf diese Arbeit eingerichtet waren, haben ihre Produktionsweise umstellen müssen.

Wir wollen gern auf diese Arbeit verzichten und der Menschheit den Frieden erhalten. Hervorheben wollen wir, daß während der Kriegszeit in Mitteldeutschland durch den Reichstafelvertrag in der Militäreffektenindustrie Millionen von Mark herausgeholt wurden, wo durch Vortelligwerden des Gauleiters vom Gau Leipzig des Verbandes der Sattler und Portefeuille die Unternehmer erst zur Zahlung der Tariflöhne angehalten werden mußten. Die nachgezählten Lohnsummen in Mitteldeutschland, welche durch das persönliche Eingreifen des Unterzeichneten zur Auszahlung gelangten, sind mit 300 000 Mk. nicht zu hoch geschätzt.

Die Segeltuchbranche ist in Kassel, Dresden, Leipzig, Oschersleben und Dederan i. Sa. zu Hause.

Bei der Firma Zeiß in Jena werden von den Sattlern Futterale für Feldstecher angefertigt. In den letzten Jahren war hier ein flotter Geschäftsgang zu verzeichnen, so daß viele dieser Arbeiten noch an Firmen in Arnstadt, Erfurt, Halle, Leipzig und Braunschweig vergeben wurden.

Durch den erheblichen Rückgang der Geburten in den letzten sechs Jahren ist die Kinderwagenproduktion in Zeiß lahmgelegt. Ein beträchtlicher Teil unserer Kollegen, welcher früher in dieser Industrie beschäftigt war, ist dadurch gezwungen worden, auf den Braunkohlenschächten Arbeit anzunehmen. Die Verteuerung des Rohmaterials und die dadurch hervorgerufenen hohen Verkaufspreise für Kinderwagen werden mit von Einfluß bei den verminderten Aufträgen für diese gewesenen sein.

Die Geschirrarbeit im Handwerk ist fast in allen Orten anzutreffen. Fabrikmäßig wird diese Arbeit in Benig, Pegau, Eisleben und Zeiß angefertigt.

In kurzen Zügen haben wir ein Bild unseres Berufes in Mitteldeutschland entwickelt. Jahrzehntelanger Arbeit hat es bedurft, um die Mehrzahl unserer Berufsangehörigen zu organisieren. Trotzdem gibt es noch Fernstehende, welche zum Verband herangezogen werden müssen. Wir dürfen in der Schaffensfreude für die Organisation nicht erlahmen. Unbekümmert aller Widerwärtigkeiten muß jeder Kollege seine Pflicht tun. Unsere Arbeit ist eine Kulturarbeit ersten Ranges. Erst die spätere Nachkommenschaft wird würdigen, was durch den Aufbau der gewerkschaftlichen Organisationen für die Arbeiter geschaffen wurde. Langsam, im zähen Ringen wurde dem Unternehmertum jeder Fortschritt abgerungen. Beide Organisationen sind jetzt vereint. „Vereinte Kraft alles schafft!“ Dieses wollen wir auch von der gemeinsamen Organisation erwarten.

In diesem Kampfe soll die neue Verbandszeitung uns zur Seite stehen. Wir begrüßen

dich, du „Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Zeitung“ und erwarten, daß du für die Rechte der Arbeiter scharf die Klinge führst! Klar sei deine Sprache und Gerechtigkeit dein Schild!

„Dies soll dein Wahrspruch sein:  
„Machtvoll, still und rein  
folgst du dem Menschen Dienste weihn  
und ihn vom Arbeitsjoch befrein!“  
S. D u s ch.

### Tarifantsverhandlungen in der Lederwarenindustrie.

Am Mittwoch, den 23. Juni, war in Offenbach a. M. wieder das Tarifamt zusammengetreten, um Stellung zu nehmen zu dem mit dem 30. Juni d. J. bevorstehenden Ablauf der tariflichen Grundlöhne und der Teuerungszulagen nach dem Nachtrag II des Reichstarifvertrages. Der eigentlichen Tarifamtssitzung war eine Vorverhandlung zwischen den Vertragskontrahenten am 22. Juni vorausgegangen, welche sich neben der eigentlichen Tagesordnung des Tarifamtes in der Hauptsache mit der Frage befaßte, ob und inwieweit die Unternehmer in der Lederwarenindustrie an ihre Arbeiter eine Entschädigung für den durch die starke Arbeitszeitverkürzung entstandenen Lohnausfall zu zahlen gewillt sind. In dieser Vorverhandlung erklärten die Unternehmer, wie schon seither, sich in dieser Hinsicht zu nichts verpflichten zu können. Sie lehnen es grundsätzlich ab, Richtlinien zu geben oder Vereinbarungen dieser Art zu treffen. Entschädigungen seien für geleistete Arbeit zu zahlen und für Lohnausfälle könnten sie nicht haften, besonders aber keine Verantwortung für die Durchführung eines derartigen zentralen Abkommens bei den Mitgliedern der Fabrikantenvereinigung übernehmen.

Unsere Organisationsvertreter Wum und Götz wiesen auf die diesbezüglichen Abkommen in der Leder- und auch der Schuhindustrie hin und betonten daß die Leistungen der Schuh- und Lederfabrikanten auch den Lederwarenindustriellen zugunsten werden dürften, die ebenfalls Kriegsgewinne gemacht und noch im vorigen Jahre eine sehr flotte Konjunktur hatten. Letztem Endes liege es auch im Interesse der Fabrikanten selber, sich ihrem alten, guten Arbeiterstamm zu erhalten dadurch, daß sie die Leute jetzt über Wasser halten.

Die Fabrikanten gaben das zu und erklärten sich zu Vereinbarungen nach dieser Richtung mit ihren Betriebsräten bereit, nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit der einzelnen Betriebe. Sie versichern, die Lohnausfälle zahlen zu wollen, soweit das in ihren Kräften stehe, aber eine Garantie für allgemein gültige Grundsätze könne nicht übernommen werden.

So war es nicht möglich, die Fabrikanten im ganzen Reich auf bestimmte Grundsätze und Richtlinien festzulegen, und ist es nunmehr Sache der Betriebsräte, gestützt auf die Zusicherung der Fabrikanten, hinsichtlich ihrer Bereitwilligkeit in den einzelnen Betrieben Abmachungen über die zu leistende Entschädigung für den durch Arbeitszeitverkürzung entstandenen Lohnausfall zu treffen.

Unter der Depression des miserablen Geschäftsganges standen denn auch die eigentlichen Tarifverhandlungen am 23. Juni. Die Vertreter unseres Verbandes gaben sich alle Mühe, eine weitere Erhöhung der derzeit bestehenden Löhne durchzusetzen. Dem setzten die Unternehmervertreter den stärksten Widerstand entgegen, ja sie trugen sich sogar noch mit dem Gedanken des Lohnabbaues. Da die diesmaligen Tarifverhandlungen lediglich als eine Fortsetzung der letzten Verhandlungen vom 20. Mai aufgefaßt wurde, so war die Lohnforderung von damals wieder aufgenommen.

Unter angeführten Umständen war natürlich an eine Einigung zwischen den Parteien nicht zu denken, und so blieb die Entscheidung darüber wieder dem Tarifamt vorbehalten. Der Spruch des Tarifamtes ging dahin, daß die derzeit geltenden Löhne und Zuschläge bis zum 30. September d. J. unverändert bleiben. Nach diesem Termin können sie mit einmonatiger Kündigungsfrist aufgehoben werden.

Dann hatte sich das Tarifamt noch mit der schon seit längerer Zeit schwebenden Aussperrungsangelegenheit in Solingen zu beschäftigen. Es kam zu dem Ergebnis, da die Düsseldorfser Schlichtungskommission in dieser Sache als befangen erscheint, der Schlichtungskommission in Offenbach als neutraler Instanz, dem Streitfall zur Erledigung zu übertragen. Außerdem wurden noch verschiedene kleine Sachen erledigt, worüber nach demnächst erscheinende offizielle Protokoll berichtet wird. C. G.

### Vom Reichswirtschaftsrat.

Der Reichswirtschaftsrat hat am 30. Juni erstmalig getagt. Als Vorsitzende fungieren von Braun als Vertreter der Landwirtschaft und E. Regien als Vertreter der Gewerkschaften resp. des gesamten Arbeiterstandes.

R. Wiffell brachte einen Antrag ein. Darin wird gefordert, daß sofort unterjocht werden muß, warum andauernd Betriebe geschlossen und die Produktion eingeschränkt wird, damit die dadurch entstehenden Schäden und Gefahren abgemindert werden können. Die Erwerbslosenfürsorge müsse zu einer produktiven ausgebaut werden, um die Warenerzeugung zu steigern. Mit der Ausführung dieser Arbeit wurde der wirtschaftspolitische Ausschuss beauftragt, welcher dem Reichswirtschaftsrat Vorschläge zur Beschlussfassung unterbreiten soll.

Hoffentlich leistet dieser Ausschuss rasche Arbeit, denn die „Krise“, wenn es eine solche ist, nimmt immer größeren Umfang an. So wird berichtet, daß auch die Lokomotivfabriken den Betrieb einschränken bzw. zum Teil ganz einstellen wollen. Noch vor kurzer Zeit schrie alles: Nur Arbeit kann uns retten, jetzt, nachdem die Arbeiter arbeiten, ist es auch wieder nicht recht.

Am 15. Juni betrug die Zahl der unterstützten Erwerbslosen 289 058, darunter 67 935 weibliche, gegen 271 961 am 1. Juni und 17 000 mehr. Nach dem Bericht über die Wirtschaftslage dürfte sich diese scheinbar nicht so ungünstige Ziffer indes Ende Juni ganz bedeutend verschoben haben.

### Was wollen wir unseren weiblichen und jugendlichen Mitgliedern bieten?

Der Krieg mit seinen Folgeerscheinungen hat auch unter den Frauen den Gedanken für die moderne Arbeiterbewegung erstarren lassen. Während des Krieges sind Tausende von Frauen, die ihr Betätigungsfeld bording nur in ihrem Haushalt, in ihrer Familie fanden, zu Industrie-arbeiterinnen geworden. Die Not der Zeit zwang den größten Teil dieser Frauen und Mädchen zu dieser ungewohnten Tätigkeit. Die Schutzbestimmungen für die Arbeiterinnen waren zum größten Teil aufgehoben; die Kriegslieferanten warfen sich mit Freuden auf die billige und oft auch willige Arbeitskraft der Frauen und der Jugendlichen. Noch nie ist mit der Arbeitskraft solcher Raubbau getrieben worden, wie in dem Jahre des Krieges. Aber nicht nur in der direkten Kriegsindustrie, sondern auch im Handwerk fand die weibliche Arbeitskraft Verwendung.

Je mehr Männer zum Völkermorden einberufen wurden, um so mehr machte sich der Ruf nach der Betätigung der Frauen und Jugendlichen geltend. Und die Arbeitgeber fanden Geschmack an der Frauenarbeit; stand doch der größte Teil Frauen den modernen Gewerkschaften gleichgültig gegenüber. fand man doch die Gelegenheit günstig, Frauen und Jugendliche als Lohnrüder zu benutzen. Besonders die Kriegerfrauen, die neben ihrem Lohn noch die Kriegsunterstützung bezogen, wurden in vielen Fällen schamlos ausgebeutet. Auch in verschiedenen Branchen unseres Berufs fand die Frauenarbeit Eingang. Aber nur allmählich machte sich in den Kreisen der Frauen das Streben nach einem Zusammenschluß geltend.

Als nach dem Zusammenbruch 1918 der Wiederaufbau der Gewerkschaften tatkräftig gefördert wurde, fanden auch viele Frauen und Jugendliche den Weg zur Organisation. Und wenn sie in der Erwartung, eine tatkräftige Vertretung bei uns zu finden, zu uns kamen, so wurden sie wohl nicht enttäuscht.

Das rapide Steigen der Mitgliederzahlen der Frauen sei an einigen Zahlen aus dem alten Tapeziererverband gezeigt. Während wir in der Vorkriegszeit es kaum auf 200 weibliche Mitglieder bringen konnten, zählten wir bei dem Uebertritt zu dem gemeinsamen Verband 1508 weibliche Mitglieder. So wie hier steht es auch in anderen Berufsgruppen. Vielleicht ist in der Vorkriegszeit manches versäumt worden, aber das eine steht fest, die Organisation der Frauen stieß früher auf wesentlich größere Schwierigkeiten als heute. Viele, besonders die jüngeren Arbeiterinnen betrachten die Tätigkeit in Industrie und Handwerk nur als ein Uebergangsstadium, andere wurden durch häusliche Einflüsse ferngehalten.

Der Mangel einer umfassenden Organisation rächte sich an den Arbeiterinnen schwer bei der Gestaltung der Lohnverhältnisse. In der Vorkriegszeit und auch noch heute wird die weibliche Arbeitskraft in den meisten Fällen viel zu niedrig bewertet! Das alte gewerkschaftliche Prinzip: Für gleiche Arbeit gleiche Löhne! hat sich auch heute noch nicht durchgerungen. Erst vor kurzem konnte der Schreiber dieser Zeilen feststellen, daß in einer

Matratzenfabrik der Akkordlohn der Frauen etwa 20 Proz. niedriger bemessen wurde als die gleichwertige Arbeit der Männer. Und dieser Fall steht nicht vereinzelt da. Ein Teil der Arbeitgeber und auch deren Organisationen wehren sich mit Händen und Füßen gegen ein gerechte Bewertung der Frauenarbeit. Und auch in den Kreisen der Arbeiter selbst wird den berechtigten Forderungen der Frauen nicht immer das nötige Verständnis entgegengebracht.

Für die weiblichen Mitglieder war der Weg zur Organisation zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden. Es wäre völlig unmöglich gewesen, annehmbare Löhne zu schaffen, mit der Verteuerung der Lebenshaltung auch einigermaßen gleichen Schritt zu halten, wenn nicht hinter den Forderungen der Kolleginnen eine starke Gewerkschaft gestanden hätte.

Die Revolution hat den Arbeiterinnen die politische Gleichberechtigung gebracht; die wirtschaftliche Gleichberechtigung werden sie sich durch die Gewerkschaften erkämpfen müssen.

Und ähnlich wie bei den Frauen steht es auch bei unseren Jugendlichen! In der Vorkriegszeit waren nur schwache Anfänge zur wirtschaftlichen Organisation der Jugendlichen und der Lehrlinge vorhanden. Und doch bedürfen diese des Schutzes in gleichem Maße, vielleicht noch mehr als die älteren Arbeiter. Wer in der Gewerkschaft steht und betrachtet mit warmem Herzen und offenen Augen die Verhältnisse der Jugendlichen und Lehrlinge, der wird die Notwendigkeit unseres Eingreifens nicht abstreiten können! Wissen wir doch, daß ein großer Teil der Meister in dem Lehrling nur die billige Arbeitskraft sieht, daß die Ausbildung im Beruf oft alles zu wünschen übrig läßt. Das Verantwortlichkeitsgefühl der Lehrmeister ist ebenfalls oft auch nicht stark entwickelt. Und auch der jugendliche ungelernete Industriearbeiter bedarf des Schutzes der Gewerkschaft! Wer soll sich dieser Leute annehmen, wenn wir es nicht tun? Und haben wir nicht alle Ursache, die jungen Leute schon nach der Schulentlassung mit unserer Weltanschauung bekannt zu machen?

Wehr als je ist heute ein weitgehender Schutz der Jugendlichen und der Arbeiterinnen zu fordern. Wir alle leiden mehr oder weniger an den Folgen der Unterernährung und gerade bei den Frauen und den Jugendlichen zeigen sich die schlimmsten Folgeerscheinungen. Sollen wir da tatenlos zuschauen. Nein und nimmermehr! Auch die letzte Arbeiterin, der letzte Jugendliche, der letzte Lehrling gehört in den Verband!

Wir wollen Euch das Leben erträglich gestalten: für Eure Arbeit einen gerechten Lohn; nicht mehr sollt Ihr willenlos der Willkür des Unternehmertums ausgeliefert sein! Auch für Euch müssen die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt werden. Auch Euch muß ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden. Aber von Euch müssen wir mehr Anteilnahme an unseren Gewerkschaftsarbeiten erwarten. Nur dann könnt Ihr einen Erfolg erwarten, wenn Ihr Euer Scherflein Mitarbeit leistet. Nicht tatenlos abseits stehen, sondern treue Mitarbeit kann uns helfen. „Der Mensch soll nicht über seine Zeit klagen, dabei kommt nichts heraus. Die Zeit ist schlecht! Wohl an, er ist da, sie besser zu machen!“ Diese Worte von Carlyle müssen auch unsere Lösung sein.

Ihrer Zahl nach haben die Frauen und die Jugendlichen noch lange nicht die Vertretung in den Verwaltungen, die ihnen gebührt. Wenn wir auf dem letzten Verbandstag keine Vertreterin der Arbeiterinnen unter den Delegierten hatten, so läßt dies wohl den Schluß zu, daß die Mitarbeit unserer weiblichen Mitglieder keine große ist. Und doch bedürfen wir so dringend der Mitarbeit aller! Gestützt auf diese Mitarbeit werden wir auch weitere Ziele erreichen können.

Welches werden nun unsere Zukunftsaufgaben sein, die wir im Interesse unserer weiblichen und jugendlichen Mitglieder zu vertreten haben. Zunächst bedürfen wir eines weitgehenden Arbeiterschutzes. Der Schutz der weiblichen und jugendlichen Arbeiter war noch nie so nötig wie heute, wo ganz Deutschland noch unter den Einwirkungen des furchtbaren Krieges steht. Auch die Versicherungsgesetzgebung bedarf einer zeitgemäßen Reform. Die Gewerkschaften mit ihrem Einblick in die Verhältnisse der einzelnen Berufe wird zu der Mitarbeit bei den Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetzen der geeignete Faktor sein. Wir werden ferner auf die volle Gleichberechtigung der Frau im Wirtschaftsleben einwirken müssen; wir werden ihr den notwendigen Schutz gewähren müssen, den die Mutterschaft erfordert.

Für unsere Lehrlinge werden wir eine angemessene Entschädigung auch während der Lehrzeit

zu vertreten haben, wir müssen ein Mitbestimmungsrecht auch bei deren Ausbildung erlangen. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung, die in ganz anderen Verhältnissen geschaffen wurde, müssen der Neuzeit angepaßt werden. Die Richtlinien des Nürnberger Gewerkschaftskongresses müssen auch für das Sattler- und Tapezierergewerbe durchgeführt werden. Das berufliche Tätigkeitsrecht muß fallen und wir müssen vor allem eine gerechte Bewertung der Arbeitskraft fordern.

Mit welcher Berechtigung steht heute das Unternehmertum bei den Forderungen auf Teuerungszuglagen den berechtigten Forderungen der Frauen auf Gleichstellung mit den Männern den größten Widerstand entgegen? Leiden die Frauen, die Jugendlichen nicht ebenso unter der Teuerung wie die anderen? Nur in wenigen Orten ist ein gerechter Ausgleich zwischen Frauen- und Männerlohn geschaffen. Die hohe Spannung zwischen beiden Löhnen ist durch nichts gerechtfertigt. Als vor kurzem, anlässlich einer Tarifverhandlung im Tapezierergewerbe, der Durchschnittslohn der Arbeiter über 22 Jahren mit 5,75 Mk., der Näherinnen mit 4,25 Mark vereinbart wurde, da wurden die Unternehmer der anderen Berufsgruppe mobil gemacht und gegen diese Lohnfestsetzung für Frauen energisch Sturm gelaufen.

Unbeirrt werden wir unser Ziel verfolgen. Wir werden es erreichen, dessen sind wir sicher, wenn auch die Jugendlichen und die Frauen uns ihre Mithilfe nicht verweigern!

Und deshalb rufen wir Euch zu: Die Profitgucht des Unternehmertums macht nicht Halt vor der Jugend, nicht Halt vor den Frauen! Euer Platz ist an der Seite Eurer Arbeitsgenossen! Nie hatten die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Organisation so nötig wie in dieser Zeit!

### Die Demobilisierungsverordnungen und Reichsarbeitslosenunterstützung.

Solange unsere Kollegen die letzten 15 Monate gut zu tun hatten, haben sich wohl die wenigsten um diese Dinge gekümmert. Nach dem Kriege haben sie meistens einen Monat oder einige Wochen Unterstützung bezogen; diese wurde vom Gewerkschaftsleiter ausgezahlt und die Sache war erledigt. Die Krise bringt uns jetzt aber Kollegen auf die Arbeitsnachweise, denen das Wort Arbeitslosigkeit fast ein Fremdwort ist. In der Zeit, wo man selbst Arbeit hat, denkt man auch fast gar nicht an das Schicksal der Arbeitslosen, bis man selbst bei dem großen Heer der Arbeitslosen eingereicht ist.

Zweck dieser Zeilen ist nun, den Kollegen die verschiedenen Bestimmungen der Verordnungen etwas von unserem Standpunkt aus zu beleuchten. Es sind schon eine ganze Reihe von Verordnungen erlassen, so daß es fast schwer fällt, sich da durchzufinden.

Nach der Demobilisierungsverordnung vom 26. April 1920 heißt es zuerst über die Freimachung von Arbeitsstellen: Entlassen werden können Arbeiter, welche nicht auf Erwerb aus der Beschäftigung angewiesen sind. Also Leute, welche noch einen anderen Erwerb haben, vermögenslos sind oder wo der Ehegatte einen auskömmlichen Verdienst hat. Dann sind alle Leute zu entlassen, welche nicht vor dem 1. August 1914 schon an Orte amwesend und in Arbeit waren. Diese Maßnahmen wirken wie die Aufhebung der Freizügigkeit, es kann sich keiner getrauen, auf die Reise zu gehen oder in einem anderen Orte nach Arbeit zu fragen. Diese Bestimmungen lassen aber noch verschiedene Ausnahmen für Kriegsteilnehmer und andere zu. Bevor jemand entlassen werden kann wegen Arbeitsmangel, muß durch verkürztes Arbeiten versucht werden, die Arbeiter zu beschäftigen. Wer entlassen wird ohne Grund, kann auch den Schlichtungsausschuß anrufen. Diese Maßnahme ist unbedingt zum Schutz des Arbeiters notwendig, da er sich sonst jeder Willkür des Arbeitgebers beugen müßte. Im allgemeinen ist der Arbeitnehmer in seinem Benehmen gegenüber dem Arbeitgeber mehr gebremst als früher. Betriebsräte und Obleute gibt es nur in Werkstätten mit mehr als 5 Mann. Hier hilft nur strenge Einhaltung des Tarifs von beiden Seiten.

Die schlimmsten Beschränkungen weist die Reichsarbeitslosenunterstützung auf. Es gibt Unterstützung an ganz arbeitslose und auch an Kurz-Arbeiter. Die Kollegen sollten unter allen Umständen versuchen, die Arbeitszeit so weit wie möglich zu beschränken, und wenn es nur ein paar Stunden die Woche sind. Wer ohne Entlassung zu sein, arbeitslos ist, muß Kurz-Arbeiterunterstützung erhalten, wenn er nicht mit 70 Proz. seines Verdienstes die Unterstützung verdient, die ihm für seine Person am Ort zuzuschicken würde. Auf diese Weise kann er sich für 8 Wochen die Unterstützung auf alle

Fälle sichern und hat auch noch etwas mehr durch Arbeit.

Wer ganz arbeitslos wird, meldet sich an den zuständigen Stellen sofort. Es gibt nur Unterstützung nach 6 Karenztagen; es werden keine Tage zurüdgekempelt.

Wer im Haushalt eines Verwandten wohnt, erhält 1 Mk. pro Tag weniger, wer im Haushalt eines Verwandten wohnt, Eltern, Bruder, oder Vater bei den Kindern, erhält nur Unterstützung, wenn die anderen Angehörigen nicht das zum Leben Notwendige verdienen. In Dresden wird dabei von einem Bedarfssatz von 80 Mk. für Mann und 40 Mk. für jeden weiteren Haushaltangehörigen angenommen. Wer als erwachsener Mensch von über 30 Jahren beim Vater wohnt, und dieser verdient 200 Mk. die Woche, erhält keine Unterstützung. Bei dem liegt keine Bedürftigkeit vor, wie es so schön in den amtlichen Berichten heißt. Ein Vater kann seinen Sohn und auch dessen Ehefrau ernähren, wenn er mehr als 160 Mk. verdient — nach Ansicht des Kriegsfürsorgeausschusses. Wer große Töchter oder Söhne hat, muß sich von diesen ernähren lassen.

Es ist unglücklich, wie engherzig die gesetzlichen Bestimmungen von den Instanzen ausgelegt werden.

Wer am 1. August 1914 nicht an dem Ort war, wo er arbeitslos geworden ist, erhält keine Unterstützung. 1914 war jemand in der Lehre in einem kleinen Orte außerhalb der Großstadt, er lernte zurid, wird arbeitslos; will er unterstützt werden, muß er wieder an den Ort zurück, wo er gelernt hat. Dort kann er Wohnung suchen und von der Unterstützung hungern, die er dort bekommt. Diese Fälle könnten noch mit Beispielen belegt werden. Braucht man sich zu wundern, wenn die Verbrechen zunehmen? Tausende irren hilflos in der Großstadt

### Ehrensache.

Die Zeit ist gekommen, in der es jeder Arbeiter, jeder Kollege und jede Kollegin als eine Ehrensache, als eine Selbstverständlichkeit ansehen muß, dem Verbands anzugehören.

Die organisierten Arbeiter sind die Bannerträger der neuen Zeit; die Vorkämpfer für eine gerechte und bessere Gesellschaftsordnung. Sie sind das Fundament für die soziale Organisation, in der es nur noch gleichwertige und gleichberechtigte Menschen gibt.

herum. Zu all der Not, die der Krieg sowieso schon erzeugt hat, wird diese Not auch noch durch Bureaokratismus vermehrt. Einen Berg von Verordnungen und Anweisungen hat diese Unterstützung schon veranlaßt. Was sich anfangs als eine einfache Sache anfaß, hat sich später mit seinen vielen Einzelheiten als ein Berg von Schwierigkeiten herausgestellt.

Es wird hohe Zeit, daß die Reichsarbeitslosenversicherung kommt. Diese muß jedem nach geleisteter Pflicht auch Rechte geben. Das Gesetz muß in eine Form kommen, die diese Schwierigkeiten, die jetzt bestehen, überflüssig macht. Wie man diese Dinge mit einer rein bürgerlichen Regierung verwirklichen will, ist mir noch schleierhaft, aber gemacht muß es werden.

In Dresden wird sogar versucht, den Arbeitslosen die Verbandsunterstützung zur Hälfte anzurechnen. Die Unorganisierten werden dadurch besser gestellt als die Organisierten. Die Organisierten haben von ihrem Verdienst und Unterstützung mit für die Erhaltung der Organisation gewirkt, haben ihren Beitrag für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gegeben, dafür sollen sie nun auch etwas abgezogen erhalten. Eine Logik, die unerhört ist. Invalidenrentenempfänger sind seit dem 21. Mai von der Unterstützung ausgeschlossen, diese werden der Armenfürsorge überwiesen, ebenso die Kriegsveteranenempfänger über 60% Proz. Altersrentenempfänger können noch unterstützt werden, wenn sie nachweisen, daß sie arbeitsfähig sind.

Die Kollegen, vor allem die Betriebsräte und Obleute, sollten sich um diese Dinge kümmern, die Geschlechter durchlesen. Die Kollegen der kleinen Städte müssen sich an den Vorständen der Gewerkschaftsverbände wenden oder an einen Beamten der größeren Gewerkschaften. Auch die Magistrats- oder Gemeindebeamten, die diese Dinge bearbeiten, geben über Auskunft. Den Bezirksleitern ist es nicht möglich, jede Anfrage eingehend zu beantworten, darum möchten wir die Kollegen ersuchen, sich an Orte selbst, soweit es geht, mit den gesetzlichen Bestimmungen vertraut zu machen.

Aug. Lippold.

### Die Krise in der Holzindustrie.

Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes hat in einer Eingabe an die Regierungen der Länder und des Reiches Vorschläge für wirtschaftliche Maßnahmen zur Gesundung der Holzindustrie gemacht, die allgemeine Beachtung verdienen. Einleitend wird dargelegt, daß über die deutsche Holzindustrie seit Ende April eine Krise hereingebrochen ist, wie sie mit gleicher Schwere und Plöblichkeit vor dem noch nie zu verzeichnen war. Diese Krise ist wieder begründet durch eine vorausgegangene Ueberproduktion noch durch Rohstoffmangel, noch durch Bedarfsmangel bei den Konsumenten. Sie ist lebendig die Folge einer planlosen unorganisierten Wirtschaft, die den Zusammenhang zwischen der Produktion und dem natürlichen Absatzgebiet, der breiten Masse der Bevölkerung zerrissen und statt dessen die Produktion auf die schmale Basis des Absatzes an Kriegsgewinnler, Schieber und Exporteure eingestellt hat.

Dann wird in der Eingabe ausgeführt, es wäre eine unverantwortliche Vergeubung volkswirtschaftlicher Kräfte, wenn die staatlichen Träger der Volksgemeinschaft sich darauf beschränken wollten, die Arbeitslosen notdürftig mit unproduktiver Unterbringung vor dem Verhungern zu bewahren und nicht vielmehr Maßnahmen ergreifen würden, um durch eine planmäßige Organisation der Holzwirtschaft die vorhandenen Produktionskräfte nutzbar zu machen.

Das Ziel der erforderlichen Maßnahmen müsse darin bestehen, im Holzgewerbe Warenpreise herbeizuführen, die der Kaufkraft auf dem inneren Markt entsprechen. Der Arbeitslohn ist dabei, wie nachgewiesen wird, heute im Holzgewerbe keineswegs der ausschlaggebende Faktor bei der Preisbildung. Ganz anders ist die Rohstofffrage zu bewerten, wobei in erster Linie das Holz im Betracht kommt. Wenn dessen Preis bis an den Weltmarktpreis hinaufgetrieben wurde, so wurde diese gewaltige Verteuerung eines heimischen Naturproduktes nur zum kleinsten Teile durch natürliche Gründe bestimmt, sondern hauptsächlich durch gewinnlüstige, wucherische und spekulative Mäander. Als erste Voraussetzung für eine Gesundung der Holzindustrie und die Weiterführung der Produktion wird die Senkung des Holzpreises auf den natürlich bedingtem Stand bezeichnet und weiter ausgeführt: Nur die Unterstellung der gesamten Holzwirtschaft unter eine gemeinwirtschaftliche Organisation kann dem Holzgewerbe helfen. Diese Organisation hat in erster Linie die Rohstoffbewirtschaftung zu übernehmen, ist aber auch auszudehnen auf die Kontrolle und Leitung der Produktion und auf der Absatz der Produkte an die Konsumenten. Nicht weniger notwendig ist die gemeinwirtschaftliche Organisation des inländischen Handels, der heute ungemein preisverteuert wird. Deshalb muß nach einer billigeren Handelsorganisation gesucht werden. Durch den Zusammenschluß der Holzverarbeitenden Gewerbe zu Verkaufsgenossenschaften kann das Ziel erreicht werden. Ein solcher Zusammenschluß ist aber nur zu erreichen durch staatliche Förderung und zwangsweise Einrichtung entsprechender Selbstverwaltungsrörter.

Schließlich werden als schnelle Maßnahmen zu einem zielbaren Wirken in der angegebenen Richtung gefordert: 1. Eine Notverordnung über die gemeinschaftliche Regelung des Einschlags- und Nutzungsrechtes für Privatforsten. 2. Ein Enteignungsgesetz zur Ueberführung des Privatbesitzes an Forsten in Gemeineigentum. 3. Einrichtung der Gemeinwirtschaft für Holz auf der Grundlage beruflicher Selbstverwaltung in paritätischer Zusammensetzung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und unter Kontrolle des Staates. Unterstellung der gesamten inländischen Holzproduktion, der Ein- und Ausfuhr, der Sägewerke und des Holzhandels unter die Gemeinwirtschaft. 4. Einrichtung von Handelsgenossenschaften für den Außen- und Innenhandel, gleichfalls auf der Grundlage beruflicher Selbstverwaltung in paritätischer Besetzung.

### Betriebsrätezentrale der A. S. P. D. und Metallarbeiterverband.

Wir haben in Nr. 26 kurz den Konflikt geschildert, der zwischen Gewerkschaften und sogenannter revolutionärer Betriebsrätezentrale ausgebrochen ist. Dazu wäre noch zu sagen, daß sich der Vorstand und der erweiterte Beirat des Metallarbeiterverbandes mit großer Mehrheit auf den Standpunkt gestellt hat, daß er seine ganzen gewerkschaftlichen Machtmittel hinter die Betriebsräte, auf das Fundament der Gewerkschaftsorganisation, als ihrem natürlichen Mutterboden, stellt, getreu den Beschlüssen des letzten Verbandstags. Er wird alle Kräfte einsetzen, um in organischer Fortentwicklung die Räte zur vollen Machtenfaltung und ihrer wirtschaftlichen Betätigung zu bringen. Der Verbandstag habe es mit aller Entschiedenheit abgelehnt, daß über den bestehenden Organisationen (Partei und Gewerks-

schaffen) ein Mätesystem gebildet werden müsse. Der bekannte Führer der Unabhängigen und jetzige Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Dikmann, wendet sich ganz entschieden gegen den Versuch, die Geschlossenheit der Gewerkschaften anzutasten.

Diese Stellungnahme des Vorstandes und Beirats der größten existierenden Gewerkschaftsorganisation ist klar und unmissverständlich und deshalb um so beachtlicher. Hoffentlich wird dadurch den Leuten das Handwerk gelegt, die sich mit der Absicht tragen, die Gewerkschaften auseinanderzusprennen, um ihre Sonderpläne verwirklichen zu können.

In Nr. 26 der „Metallarbeiterzeitung“ klärt der Vorstand resp. die Redaktion auch den Fall mit dem Artikel Müllers auf. Durch die Herausnahme des Artikels „Unternehmerfreude“ ist ein Schaden von 8000 Mk. entstanden. Die ganze Geschichte ist durch Maßnahmen in die Öffentlichkeit gebracht worden, der als Vertrauensmann Richard Müllers bezeichnet wird.

Diese Angelegenheiten gehen uns insofern an, weil durch dieses Vorgehen die Arbeiter- und speziell die Gewerkschaftsbewegung arg in Miskredit gebracht worden ist, und weil wir alles zu tun haben, um zu verhindern, daß die Gewerkschaftsmglieder auf falsche Bahnen geführt werden. Nachdem der Vorstand und Beirat des Metallarbeiterverbandes es abgelehnt hat, sich unter Richard Müllers Führung zu stellen, sollten auch die Berliner Arbeiter die Suggestion abschütteln, die Müller, Maßbach usw. bisher auf sie ausgeübt haben. Die sogenannte revolutionäre Betriebsrätezentrale richtet nur Unheil an und arbeitet den Feinden der Arbeiterbewegung in die Hände.

Korrespondenzen.

Nürstern. Versammlung vom 1. Juli. Bösel weist auf die Wichtigkeit des Zusammenschlusses beider Verbände hin und ermahnt, an der aufbauenden Arbeit im Verband tüchtig mitzuarbeiten. Gauleiter wußt sprach über: „Die Lohnbewegungen im Sattler- und Tapeziererberufe“, die Verschmelzungen der Verbände, die Arbeitsbedingungen und die daraus sich ergebenden Lohnsätze. Die Gegenwart steht im Zeichen der Tarifkämpfe, in diesen Kämpfen ist die Gewerkschaft das Rückgrat der Bewegung. Geschlossenheit und Mut führen die Kollegen zum Siege. In diesem Sinne kann der neue Verband erprießliches leisten, wenn die Mitglieder der Verwaltung Vertrauen bewahren und die Solidarität hochhalten. Diese Ausführungen wurden seitens der Kollegen unterstützt. Dann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen, die Kollege Willert begründete: Die Mitglieder der Filiale Nürstern des Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerverbandes stehen auf dem Standpunkt, daß der Beschluß des Ausschusses betreffs Wiederaufnahme des Reichspräsidenten Ebert als Mitglied in den Verband in jeder Art und Weise zu mißbilligen ist. Wir appellieren daher an alle Kollegen, schärfsten Protest dagegen einzulegen, da wir uns als sozialistische Gewerkschafter mit dem Mitgliede Ebert nicht solidarisch erklären können; da ein überzeugter Sozialist größter Gegner der Todesstrafe ist. Wir hoffen, daß unser Ruf bei der gesamten Kollegenschaft größten Widerhall findet.“ Dann wurden Tariffragen besprochen und beschlossen, einen neuen Tarif einzuzeichnen. Kollege Wusch erläuterte noch verschiedene wichtige Fragen, und es wurde ihm größtes Vertrauen in allem Angelegenheiten zugesichert. Bösel.

Bühned. (30. Juni.) Versammlung vom 23. Juni. Anwesend nur 10 Mitglieder. Genosse Kollenbach hielt einen interessanten Vortrag über Krankenkassen und Invalidengesetzgebung. Unser Orzstarf soll bestehen bleiben, da der Reichstarf für unser Gewerbe von Nachteil sein würde. Die „Deutsche Tapezierer-Zeitung“ wurde nach kurzer Aussprache abbestellt. Ueber die Firma Wipke (Ledermöbelwerkstätte) wurde die Sperre verlangt, da die hiesigen Kollegen den Lohn mit geriechen, sich aber nicht zur Organisation bekannt haben. Kahlert.

Streiks und Lohnbewegungen.

Augsburg. (Tapezierer.) Die Arbeitgeber benötigen die ungünstige Geschäftslage und sperren sämtliche Kollegen aus, weil der Schiedspruch vom 6. Mai für verbindlich erklärt wurde. Die Treiber bei der Sache waren die Kleinmeister ohne Gehilfen, die sich sofort anboten, die Arbeit der ausgesperrten Kollegen zu übernehmen. Ganz wohl scheint aber auch den aussperrenden Firmen dabei nicht zu sein. Verschiedene Meister erklärten bei der Durchführung der Aussperrung am 26. Mai 1920 ihren Gehilfen, daß sie an dem Aussperrungsbeschluß nicht mitgewirkt hätten.

Miel. Für die Tapeziererbetriebe ist eine Zulage von 35 Pf. ab 14. Juni vereinbart.

Eberfeld. Für die Tapezierer des Bergischen Landes (Eberfeld, Barmen, Bohnwinkel, Wülfrath, Wermelskirchen und Remscheid) wurde ein Bezirkstarif mit Wirkung ab 1. Juni 1920 abgeschlossen. Die Grundlöhne betragen für Gehilfen unter 20 Jahren 3,70 Mk., über 20 Jahre 4,40 Mk., über 25 Jahre 5,30 Mk., selbständig arbeitende 5,75 Mk., Gehilfen, die den Meister vertreten, 6 Mk., Näherinnen 1,95 Mk. im 1. Jahr, dann 2,65 Mk., selbständige 3,20 Mk., männliche Hilfsarbeiter 2,35 bis 2,70 Mk., über 20 Jahre 3,30 Mk., Hilfsarbeiterinnen 1,90 bis 2 Mk., über 20 Jahre 2,35 Mk. Ferien: 1/2 Jahr 3 Tage, 1 Jahr 4 Tage, steigend bis 7 Arbeitsstage. Das Verdingungsvertrag geregelt werden. Hierzu ist eine Kommission von je drei Unternehmern und Arbeitern eingesetzt.

Edenkoben. Nach sechswöchigem Streik ist der mit dem Schreibern gemeinsam geführte Kampf der Tapezierer durch Vermittlung des Bürgermeisters beendet. Vereinbart wurde: Mindestlohn 4,30 Mk., Durchschnittslohn 4,60 Mk., bessere Arbeiter erhalten 4,70 Mk. Die Gewährung von Ferien wird zugestanden.

Wernigerode. Ab 15. Juni wurden neue Lohnsätze vereinbart: 4,—, 4,25 resp. 4,50 Mk.

Soziales.

Die Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 hat durch eine neue, vom 31. Mai 1920 datierte Verordnung eine Änderung erfahren. Diese von der Regierung mit Zustimmung des Reichsrats und des Ausschusses der Nationalversammlung erlassene Verordnung besagt, daß alle auf die allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen. Bezüglich öffentlichen Bekanntmachungen von einem noch bekanntzugebenden Zeitpunkt an nicht mehr wie bisher im „Deutschen Reichsanzeiger“, sondern auf Kosten der Vertragsparteien im „Reichsarbeitsblatt“ nach näherer Bestimmung des Reichsarbeitsministeriums erfolgen.

Ferner wird bestimmt, daß die an einem Tarifvertrag als Vertragsparteien beteiligten Arbeit-

geber und wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern innerhalb zweier Wochen nach Vertragsabluß dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung und den zuständigen Landesämtern für Arbeitsvermittlung je zwei Abschriften und dem zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten je eine Abschrift des Tarifvertrages nebst etwaigen Ergänzungen und Änderungen kostenfrei einzureichen haben. In gleicher Weise ist die Aufhebung oder Kündigung eines Tarifvertrages, letztere durch die kündigenden Vertragsparteien, unter Angabe des Zeitpunktes, an dem der Tarifvertrag abläuft, anzuzeigen. Werden diese Pflichten nicht erfüllt, so kann das Reichsamt für Arbeitsvermittlung gegen diese Verpflichteten nach vorheriger Androhung Ordnungsstrafen bis zu 300 Mk. festsetzen.

Diese Verordnung ermöglicht die Führung einer amtlichen Statistik über die Tarifverträge, wie sie bisher in der wünschenswerten Vollständigkeit nicht bestanden hat.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Betrifft Statut. Im neuen Statut ist Seite 23 ein Druckfehler stehen geblieben. Der Unterstufungsatz in der 4. Beitragsklasse beträgt bei 156—260 Beiträgen nicht 2,70 Mk. pro Tag, sondern 2,30 Mk., wie sich ja aus der Gesamtsumme ergibt. Wir bitten diesen Druckfehler in den Statuten zu berichtigen.

Achtung Arbeitslosenstatistik!

Die Orte werden ersucht, die Zählkarten umgehend einzufüllen.

Hierbei ist zu beachten, daß die Karten jetzt nicht mehr portofrei bestellt, sondern in gewöhnlicher Weise freigemacht werden müssen.

Mit dem 1. Juli hört alle Portofreiheit der Behörden auf.

Von den gebundenen Korrespondenzblättern des Verbandes der Tapezierer, ab 1911—1918, sind noch eine Anzahl zum Preise von 3 Mk. pro Stück vorhanden. Ebenso eine Anzahl des letzten Jahrgangs 1919 bis zum 1. April 1920; für diesen Jahrgang beträgt der Preis 4 Mk. Bestellungen Brückenstraße 10b erbeten.

Berlin (Tapezierer). Das Bureau Zimmer 69 ist geschlossen, jetzt Telephonnummer 6076, Moritzplatz.

Adressenänderungen.

Kolberg. Kassierer: Bolduan, Nummerstr. B., 4. Etage.

Schneidemühl. Kassierer: Jos. Pattet, Breite Straße 3.

Versammlungskalender.

Filiale Berlin. Tapezierer (Meister). Am Montag, den 12. Juli 1920, abends 5 Uhr, Versammlung bei Schreiber, Holzmarktstr. 65. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen notwendig. Die Branchenleitung.

Hamburg. Mitgliederversammlung Freitag, den 16. Juli, 6 1/2 Uhr, im Café Gewerkschaftshaus. — Tagesordnung: 1. Vorstand- und Kassenbericht; 2. Antrag der arbeitslosen Tapezierer auf Bezahlung des Beitrages aus der Lokalkasse.

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonnabend, den 17. Juli 1920, Familien-Ausflug

nach dem herrlich am Wald und Wasser gelegenen Restaurant „Wendenschloß“ in Grünau. Großes Gartenkonzert. Kaffeekochen. In beiden Fällen Tanz. Eintrittskarten à 1,— Mk. einschließlich Steuer und Ueberfahrt sind auf dem Bureau sowie bei den Zahlstellen, Kassierern und Werkstattdirektoren zu haben. Eintrittskarten, welche nicht bis zum 15. Juli zurückgegeben sind, gelten als verkauft und müssen der Steuer wegen bezahlt werden. Anfang des Konzerts 4 Uhr. Damen und Herren, welche am Tanz teilnehmen, 2.— Mk. Nachzahlung pro Person. Zahlreichen Besuch erbeten. Das Komitee.

Fahrtgelegenheit: Ab Sörliger Bahnhof oder Stadtbahn bis Grünau. Freies Uebergehen vom Rest. Sprechhof direkt nach dem Wendenschloß. Oder Stadtbahn bis Eppendorf, von da mit der elektrischen Stadtbahn bis zum Wendenschloß.

Zentralkrankenkasse der Tapezierer. Filialen Berlin.

Filiale I: 15. Juli, abends 7 Uhr, Rüttlammerstr. 9, bei Lörich. Filiale II: 14. Juli, abends 7 Uhr, Strelitzer Str. 45 bei Kube. Filiale III: 15. Juli, abends 7 Uhr, Lauffer Platz 7 bei Ambos. — Tagesordnung: 1. Geschäftliches. — 2. Neuwahl der Verwaltungen. — 3. Verschiedenes. Die Verwaltungen.

Wer für sich oder seine Angehörigen eine Lebensversicherung abschließen will, benutze dazu nur die von der organisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufene Volksfürsorge Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft Hamburg 5.

Sattler

burchaus stinn in der Herstellung von sämtlichen Rund- u. Kordelschnüren per sofort oder später für dauernde Beschäftigung verlangt. Gefl. Offerten unter N. B. 100 an die Exped. d. Bl.

Otto Dietsch, Leipzig-Li. Fernruf 33401 Lätznerstr. 8 Fernruf 33401 Spezialgeschäft sämtl. Polstermaterialien. Tapezierer-Werkzeuge, Posamenten. Solide Preise. :: :: Prompte Bedienung.

Sterbetafel. Berlin. Am 3. Juli starb unser alter treuer Kollege Tapezierer Gustav Dallmann im Alter von 65 Jahren. — Am 26. Juni starb Hermann Doktor, 44 Jahre alt, Geschirrbrenner. Frankfurt a. M. An den Folgen eines im Felde sich zugezogenen Leidens verstarb am 10. Juni unser treuer Kollege Artur Klossch (Tapezierer) im 30. Lebensjahr. — Am 15. Juni verstarb unser Mitglied Friedrich Fäßler im Alter von 40 Jahren. Wiesbaden. Im Alter von 43 Jahren verstarb unser Mitglied August Löw. Ehre ihrem Andenken.